



## **Rede von Dorothea Kerschgens bei der Hauptversammlung 2008 der Deutsche Bank**

Mein Name ist Dorothea Kerschgens vom Vorstand des Dachverbandes der Kritischen Aktionäre.

Zunächst eine gute Nachricht aus Sicht der Kritischen Aktionäre: Die Deutsche Bank fördert die Deutsch-Türkische Plattform, die Fachkräfte, auch Akademiker, zu einem Netzwerk zusammenbringt und deren Berufschancen verbessern will. So Bayern 2 am 7.1.08. Ich halte dies für sinnvoll, um der beruflichen Integration türkischer MitbürgerInnen und damit insgesamt der gesellschaftlichen Integration eine echte Chance zu geben.

Eine andere zunächst gut klingende Nachricht: Die Deutsche Bank bringt einen **Klimafonds** heraus. Dies wäre auch eine gute Nachricht, wenn Sie sich darauf beschränken würden, echte Klimaschutzprojekte in Ihren Fonds aufzunehmen. Dies ist allerdings eine schlechte Nachricht, wenn die Informationen aus gut unterrichteten Kreisen stimmt, dass Sie auch Unternehmen begünstigen, die vom Klimawandel profitieren.

### **Dazu meine Fragen:**

- Können Sie, Herr Ackermann diese Information bestätigen
- und uns dann begründen, was diese Unternehmen in einem Klimafonds zu suchen haben?
- Legen Sie diese Tatsache auch Ihren Kunden offen
- oder lassen Sie diese im guten Glauben, etwas für den Klimaschutz zu tun, indem sie ihr Geld in diesem Fonds anlegen?

Ein weiterer Komplex, der mir und wahrscheinlich auch anderen Aktionären Sorgen bereitet, wenn Sie jetzt davon erfahren: die **Finanzierung von Uranwaffen** durch die Deutsche Bank.

Was nur wenigen bekannt ist: Uranwaffen sind Waffen mit Bestandteilen aus sogenanntem abgereichertem Uran, einem „Abfallprodukt“ aus der Urananreicherung für Atomenergie und Atomwaffen. Da abgereichertes Uran eine hohe Durchschlagskraft besitzt, wird es zum Beispiel in Panzerabwehrmunition verwendet. Perfektes Recycling eines Abfallprodukts? Oder Atommüllendlagerung im Kriegsgebiet?

Uranwaffen wurden zumindest von der NATO, Großbritannien und den USA bereits unter anderem im Irak und vor unserer Haustür, im Kosovo und in Bosnien, eingesetzt.

Abgereichertes Uran ist kein Rohstoff wie jeder andere auch: Es ist ein radioaktives und giftiges Schwermetall, und kann zu Krebs und Schäden im Immun- und Nervensystem führen. Zahlreiche Belege und Studien belegen deren Effekte vor Ort:

Beispielsweise, dass männliche Veteranen aus Kriegsgebieten mit Uranwaffeneinsatz Untersuchungen zufolge das doppelte Risiko, haben, ein missgebildetes Kind zu bekommen, als ihre Kollegen, die Uranwaffen nicht ausgesetzt waren. Bei Frauen ist das Risiko sogar dreimal höher. Die bei Veteranenkindern auftretenden Missbildungen ähneln denen, die gehäuft bei Kindern in Kriegsgebieten des Irakkriegs von 1991 vorkommen. 2007 erkannte Italien offiziell bei 255 Bosnien-Veteranen Schädigungen durch abgereichertes Uran an. 37 der Betroffenen sind bereits gestorben.

Sie fragen sich nun gewiss, was dies mit der Deutschen Bank AG zu tun hat?

Nun, die internationale Koalition für ein Uranwaffenverbot hat am 6. November 2007 den Bericht *'Too Risky for Business. Financial Institutions and Uranium Weapons'* veröffentlicht. Darin wird in einer Untersuchung dargelegt, dass die Deutsche Bank AG in Wertpapiere der Unternehmen GenCorp und General Dynamics investiert, zwei der größten Uranwaffenhersteller der Welt. Unter anderem habe die Deutsche Bank AG 2003 bei Emissionsgeschäften im Rahmen eines Bankensyndikats Wertpapiere im Wert von 225 Millionen US\$ von General Dynamics gekauft. Uranwaffen von General Dynamics werden u. a. nach Pakistan, Israel und in die Türkei exportiert, und von der US-Armee verwendet.

Problematisch daran ist:

Die Verwendung von Uranwaffen ist ein direkter Bruch des Humanitären Völkerrechts.

Die IV. Genfer Konvention sagt in ihrem 1. Zusatzprotokoll u. a., dass im Krieg keine Waffen verwendet werden dürfen, die nicht zwischen Militär und Zivilbevölkerung unterscheiden, unnötige Leiden verursachen oder die Umwelt langfristig und ausgedehnt schädigen. All dies geschieht aber durch den hinterlassenen feinen radioaktiven Staub nach einem Uranwaffeneinsatz.

Neben den ethischen und rechtlichen Bedenken bezüglich der Finanzierung dieser Waffen möchte ich jedoch insbesondere darauf hinweisen, dass es auch ein geschäftliches Risiko gibt: Das Bewusstsein über Gefährdungen durch Uranwaffen steigt. Forderungen von Veteranenverbänden, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen haben inzwischen mit dazu geführt, dass das belgische Parlament für ein Verbot des Baus, der Verwendung und des Exports dieser Waffen gestimmt hat. Im Europäischen Parlament wird zudem ein internationales Moratorium diskutiert, das diese Waffen verbieten soll.

Jede Institution, die eine Rolle bei der Produktion dieser Waffen spielt, könnte in Zukunft mit dem Schaden, den diese verursachen, negativ in Verbindung gebracht werden und sich entsprechenden Kampagnen ausgesetzt sehen. Konkret könnte dies das Bild der Deutschen Bank – und damit auch unsere Aktien – schädigen. Andere Banken, wie die belgische KBC, haben sich nach Bekanntwerden der Fakten bereits dazu entschieden, eine Finanzierung von Uranwaffenherstellern auszuschließen. Ist es nicht auch für die Deutsche Bank AG an der Zeit, die Finanzierung von Uranwaffen zu überdenken?

**Wir fragen Sie, Herr Dr. Ackermann:**

- Sind Ihnen die dargelegten Fakten bezüglich der Uranwaffenproblematik bekannt?
- Ist Ihnen bekannt, dass GenCorps und General Dynamics Uranwaffen produzieren?

- Warum unterstützt & sichert die Deutsche Bank AG diese international umstrittenen und potentiell illegalen Aktivitäten?
- Wie schätzen Sie das geschäftliche Risiko ein, das Sie damit eingehen - und den möglichen Imageverlust?
- Können Sie sich vorstellen, sich im Rahmen Ihrer unternehmerischen Verantwortung nicht nur aus dem Emissionsgeschäften mit GenCorps und General Dynamic zurückzuziehen, sondern auch als Unternehmen ein Uranwaffenverbot zu unterstützen?

Gewinne sind eine schöne Sache – es gibt jedoch noch andere als finanzielle Gewinne. Ein Image-Gewinn für die Deutsche Bank beispielsweise, wenn sie sich für eine Ächtung von Uranwaffen einsetzt. Der Gewinn an Lebensqualität beispielsweise, wenn wir wissen, dass unser Geld für positive Zwecke eingesetzt wird. Der Gewinn der potenziellen Opfer von Uranwaffen heute und in der Zukunft, überall auf der Welt, die nicht zu Schaden kommen werden, wenn es niemanden gibt, der Uranwaffen verwendet, einplant, herstellt und finanziert.

Wir hoffen, dass die Deutsche Bank AG einen positiven Schritt zur Ächtung der Uranwaffen unternimmt – sie sind nicht nur zu riskant fürs Geschäft, sondern auch für die Menschen!

Ein weiterer Komplex, die **Klage von Apartheidopfern** in New York.

Vor wenigen Tagen hat in New York der Supreme Court, also das höchste Berufungsgericht, eine auch für die Deutsche Bank wichtige Entscheidung getroffen. Hintergrund ist die Klage von Khulumani, einer Organisation von Apartheidopfern, die vor Jahren 23 Weltfirmen, darunter auch die Commerzbank, die Deutsche und Dresdner Bank, sowie Rheinmetall und Daimler, wegen Menschenrechtsverletzungen durch Unterstützung des damaligen Apartheid-Regimes, in den USA anklagte. Das US-Gesetz, der Alien Tort Claim Act, erlaubt dies, wenn grobe Menschenrechtsverletzungen vorlagen. Nachdem der erste Richter entschied, die Klage nicht zuzulassen, entschied im September 2007 das erste Berufungsgericht, dass die Klage zugelassen werden muss. Dies war eine erste Hoffnung für die Apartheid-Opfer mit Aussicht auf Entschädigung! Allerdings meinten die Weltunternehmen im Dezember 2007, vom Obersten Gericht, also dem Supreme Court, prüfen lassen zu müssen, ob die Klage wirklich angenommen werden muss.

Und nun sagte der Supreme Court am Montag, den 12. Mai 2008, dass er nicht entscheiden könne, wegen eines potenziellen Interessenkonflikts. Vier der neun benötigten Richter haben Wertpapiere einzelner Firmen und sind daher nicht neutral genug zu entscheiden. Aber sechs von neun Richtern sind nötig, um den Fall zu klären. Daher wird die Klage nicht im Supreme Court, sondern von dem Erstinstanzgericht zu entscheiden sein.

Khulumani-Vorsitzende Dr. Marjorie Jobson sagte dazu in einer Pressemitteilung vom 12.5.: „Die Khulumani-Klage ist weltweit gesehen der kritischste Testfall, um globale Standards für ethisches Verhalten zu entwickeln und um eine Kultur der Unternehmensverantwortung zu befördern.“

Dies ist auch der Grund, warum ich oder andere diesen Fall seit Jahren hier immer wieder zur Sprache bringen. Nicht nur, um die damalige Entscheidung, Kredite, Anleihen und drei Umschuldungen für das Apartheidregime zu kritisieren. Es ist mir auch wichtig, klar zu fordern, solche Entscheidungen für ein diktatorisches Regime dürfen nicht sein. Solche Geschäfte zahlen sich nicht aus. Denken Sie als Aktionäre und Sie als Vorstände und Sie

als Aufsichtsräte mal moralisch und geschäftlich zusammen. Solche Geschäfte zeitigen kurzfristige Gewinne, haben aber langfristige äußerst negative Folgen.

**Meine Fragen dazu:**

- werden Sie die Entscheidung des Gerichtes, wenn es in der Hauptsache entschieden hat an erkennen?
- oder teilen Sie die Meinung eines anderen Beklagten, durch alle Instanzen gehen zu wollen?
- Bilden Sie schon Rücklagen für den Fall, dass Sie einen Teil der 400 Milliarden \$ Schadenssumme an die von Apartheid geschädigten Opfer zu tragen haben?